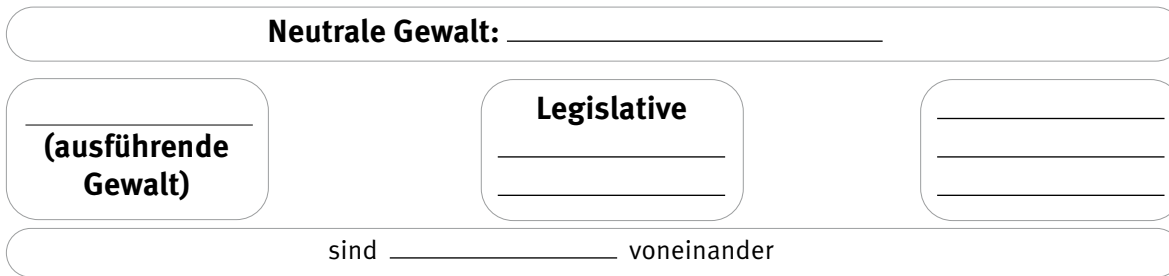


Justiz



Das Bundesverfassungsgericht steht an der Spitze der deutschen Gerichtsbarkeit. Alle Gerichte müssen sich seinen Urteilen beugen. Doch wie passt das Bundesverfassungsgericht in unser politisches System?

Ergänze die fehlenden Begriffe im Schaubild! Auf der linken Seite geht es um das Verhältnis der Verfassungsorgane untereinander, rechts geht es um die Organisation der Gerichtsbarkeit.



- _____regierung
- Verwaltungsbehörden des Bundes, der _____ und der Kommunen
- Vollzugsorgane wie Staatsanwaltschaft, Finanzamt, _____

- Bundes _____
- _____
- Landesparlamente

Ordentliche Gerichtsbarkeit

sind gebunden an die Urteile des jeweils höhergestellten Gerichts

- Bundes _____
- Oberster _____
- _____
- Landgericht
- Amtsgericht

Bundes _____ wenden sich mit ihrer Klage zunächst ans zuständige _____ und können beim _____ klagen, wenn sie _____.

Aus dem Film:

„Eine Verfassungsbeschwerde kann von jedem Bundesbürger erhoben werden.(...) Zuerst muss jemand das Gefühl haben, dass ein Grundrecht verletzt worden ist – z. B. die Meinungsfreiheit. Gegen diese Verletzung hat er in aller Regel vor den zuständigen Gerichten zu klagen. Erst wenn er dort verliert, kann er sich in Karlsruhe beschweren. Nehmen die Verfassungsrichter den Fall an, schauen sie nur darauf, ob tatsächlich ein Verstoß gegen das Grundgesetz vorliegt.(...) Hat die Verfassungsbeschwerde Erfolg, werden frühere Urteile sofort für nichtig erklärt und der Fall an die ursprünglichen Gerichte zurückverwiesen.“

Verfahrensarten:

- _____
Das Bundesverfassungsgericht kann von jeder und jedem angerufen werden, der ihre oder seine Grundrechte beschnitten sieht.
- **Normenkontrolle**
Das Bundesverfassungsgericht kann von _____ oder der _____, einer Landesregierung oder dem _____ angerufen werden, damit es überprüft, ob eine Rechtsnorm (z.B. ein Gesetz) mit dem _____ vereinbar ist.
- _____ **streit**
Das Bundesverfassungsgericht kann von _____, Ländern oder _____ organen angerufen werden, wenn zwischen ihnen Meinungsverschiedenheiten über die gegenseitigen verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten bestehen (Organstreit, Bund-Länder-Streit).

Informationsquellen

Offizielle Webseite des Bundesverfassungsgerichts
Bundeszentrale für politische Bildung, zum Beispiel zum Thema Gewaltenteilung
Bundesjustizministerium, zum Beispiel zum Thema ordentliche Gerichtsbarkeit



- Bundesregierung
- Verwaltungsbehörden des Bundes, der Länder und der Kommunen
- Vollzugsorgane wie Staatsanwaltschaft, Finanzamt, Polizei

- Bundestag
- Bundesrat
- Landesparlamente

- Ordentliche Gerichtsbarkeit

sind gebunden an die Urteile des jeweils höhergestellten Gerichts

- Bundesverfassungsgericht
- Oberster Gerichtshof
- Oberlandesgericht
- Landgericht
- Amtsgericht

Bundesbürger wenden sich mit ihrer Klage zunächst ans zuständige Gericht und können beim Bundesverfassungsgericht klagen, wenn sie verloren haben.

Verfahrensarten:

- **Verfassungsbeschwerde**
Das Bundesverfassungsgericht kann von jeder und jedem angerufen werden, der seine Grundrechte beschnitten sieht.
- **Normenkontrolle**
Das Bundesverfassungsgericht kann von einem Gericht oder der Bundesregierung, einer Landesregierung oder dem Bundestag angerufen werden, damit es überprüft, ob eine Rechtsnorm (z. B. ein Gesetz) mit dem Grundgesetz vereinbar ist.
- **Verfassungsstreit**
Das Bundesverfassungsgericht kann von Bund, Ländern oder Verfassungsorganen angerufen werden, wenn zwischen ihnen Meinungsverschiedenheiten über die gegenseitigen verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten bestehen (Organstreit, Bund-Länder-Streit).